



PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLERSON, POSTMASTER-GENERAL

Verlangen Plebiszit über Bedingungen

Massendemonstration in Hamburg; Abgeordnete im preussischen Landtag opponieren Friedensvertrag; Eberts versteckte Drohung Reichswehrminister räumt mit Spartakern auf

Aus dem preuss. Landtag.
Bonn, 16. Mai. — Im preussischen Landtag wurden gestern Stimmen gegen Annahme der Friedensbedingungen laut. „Nur ein Idiot würde einen derartigen Frieden unterzeichnen“, erklärte der Mehrheitssozialist Graf in einer Rede. Der Abgeordnete Herat beschuldigte den Präsidenten Wilson mit Vertrauensbruch. Der Abgeordnete Werbolow sagte, die Bedingungen wären ein Hohn auf Wilsons Prinzipien.

Vollstimmig beschlossen.
Berlin, 16. Mai. — Der Vorwärts und Sozialdemokrat bringen darauf, daß das Volk abstimmen soll, ob die Friedensbedingungen angenommen werden sollen oder nicht. Die Münchener Post, Organ der Mehrheitssozialisten in Bayern, schreibt: „Wir können weder annehmen noch ablehnen. Wir müssen unter Protest unterzeichnen, hoffend, daß die Entente zur Vernunft kommen wird.“

Heißer um Bedingungen.
Berlin, 16. Mai. — Der Führer der deutschen Friedensdelegation v. Brockdorff-Rantzau teilte bei Abfertigung der drei jüngsten Notizen an Clemenceau seinen deutschen Kollegen mit, daß der Friedensvertrag in seiner jetzigen Form nicht angenommen werden könne, da die Bedingungen desselben nicht erfüllt werden können. Hierauf Bezug habende Brockdorff-Rantzau habe die Erklärung abgegeben, daß er nichts verprechen und unterzeichnen werde, was er nicht erfüllen könne. Die Delegaten werden versuchen, den Vertrag zu verbessern und so dessen Annahme möglich zu machen.

Eine von den Deutschen den Alliierten unterbreitete Note von beträchtlicher Länge befaßt sich mit den von den Alliierten festgelegten deutschen Landesgrenzen. In der Note wird gesagt, daß das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in Anwendung gebracht werden könne, so z. B. was Polen und Schlesien anbelangt, insofern wird nicht zugestanden, daß Gebiete, die ausschließlich von Deutschen bewohnt sind, verpfändet werden können, um den finanziellen oder ökonomischen Forderungen von Deutschlands Feinden als Sicherheit zu dienen. In Verbindung hiermit wird wegen der Bestimmungen über das Saarland energisch protestiert; es sei bergänglich, heißt es in der Note, zu behaupten, daß die beabsichtigte Okkupation von Territorien kein Verstoß gegen die Selbstbestimmungsrechte der Bevölkerung sei, die sich einstimmig für Anschluß an Deutschland erklären sollte.

Patriotismus der Bahnangestellten

Columbus, O., 16. Mai. — In seiner Ansprache an die anwesenden Delegaten der gestern hier eröffneten Konvention der Bruderschaft der Eisenbahn-Angestellten, erklärte Herr W. G. Lees, Präsident der Vereinigung, daß die Mitglieder dieser Bruderschaft in jeder Beziehung patriotisch und 100 Prozent amerikanisch sind. Dieselben haben mit jener kleinen Gruppe Radikaler dieses Landes, welche das Heil der allgemeinen Volksschichten in Zerstückelung und Ruin zu sehen glauben, aus dem dann ihrer Ansicht nach ein ideales Staatsgebilde im Interesse jener Klasse entworfen ist, nichts gemein. Die Eisenbahner vertrauen unserer gegenwärtigen Regierung, form durch erwählte Volksvertreter und sind jederzeit bereit, ihre Prinzipien und Glauben zu verteidigen.

Wert protestiert weiter.
Berlin, 16. Mai. — In einer im sozialistischen Parteiorgan „Vorwärts“ veröffentlichten Erklärung wiederholt Präsident Ebert seine Proteste gegen die von den Alliierten unterbreitete Friedensbedingungen, hält dieselben unvereinbar mit Gerechtigkeit und Vernunft und besteht da-

Interessantes aus der Bundeshauptstadt

Washington, 16. Mai. (Eigenbericht.) — Als der fünfundsiebzigste Kongress am 4. März eines natürlichen Todes starb, da blieb ein großer Teil seiner Arbeitsaufgabe unerledigt. Jetzt hat der Präsident den sechsundsiebzigsten Kongress zu einer Extrassession auf den 19. Mai zusammenberufen, und nun dürfen wir hoffen, daß in naher Zukunft die Lebensinteressen des Volkes der Vereinigten Staaten, die einen Aufschub erleiden mußten, weil elf Wochen lang die Völkerräuge unter Diskussion stand, sich wieder der nötigen Aufmerksamkeit erfreuen werden. Man wird sich erinnern, daß bei der Vertagung des Kongresses vor mehr als zwei Monaten die Geschäfte der Nation in förmlich verwirrem Zustand geblieben, und das hatte seinen Grund in der hochgradigen Aufregung, in die die Mitglieder des Kongresses durch eben diese Völkerräuge versetzt waren. So erreichte denn die Session ihr Ende in einer Gehegungsblase, die den Fall von Maßnahmen bedingte, welche von dringlicher Wichtigkeit waren. Unter normalen Verhältnissen wäre der Kongress prompt zu einer Extrassession zusammenberufen worden, um das Verfallene gutzumachen und den Regierungsgeschäften einen ununterbrochenen Fortgang zu gestatten. Aber das war diesmal nicht der Fall. Der Präsident hat mit der Friedenskonferenz zu tun und sich der Aufgabe zu unterziehen, die wenig zufriedentellenden Entwürfe der Völkerräuge in eine mehr annehmbare Form zu bringen. So erlitt natürlich die Gesetzgebung Schiffbruch und das Land mußte sehen, wie es mit dem Verfallenen fertig wurde, bis sich die Friedensdelegation auf die Völkerräuge geeinigt hatten. Der Friede hat wohl auch ebensoviele Opfer zu bringen wie der Krieg. Unter den gesetzlichen Maßnahmen, die an dem Felsen der Völkerräuge Schiffbruch erlitten, befinden sich die folgenden: Die Bewilligung von \$720,793,000 für verschiedene Zivilverwaltungszwecke mit \$851,171,000 für unzulängliche Bewilligungen mit \$26,937,000 für Eisenbahnverwaltung mit \$750,000, für Verwaltung der Indianerangelegenheiten mit \$11,066,000. Die Bewilligungen in den meisten dieser Vorlagen, welche die hübsche Summe von \$3,476,233,000 darstellen, sind nicht vor dem 1. Juli, dem Beginn des neuen Fiskaljahres, verfügbar und der Kongress hat genau 36 legale Arbeitstage, um diese Vorlagen zum Gesetz zu machen, bevor das jetzige Fiskaljahr zu Ende geht. Aber diese Tatsache bedeutet nicht, daß die Interessen der Regierung durch das Verfallnis einer zeitigen Annahme dieser Vorlagen nicht ungenügend beeinträchtigt worden sind. Heer- und Marinevorlagen besonders enthalten Bestimmungen für Wappene, und diese mußten zum Stillstand kommen, da man keine sichere Kenntnis hatte, wie der Kongress sich dazu stellen würde. Durch die Verzögerung endgültigen Sandelns mußte viel vorbereitete Arbeit liegen bleiben. Die Eisenbahnbewilligung war eine solche, die sofort zur Verfügung gestanden haben würde und sie war dringend notwendig, um die einzelnen Eisenbahnlinien zu finanzieren und auszustatten in Lebensunterstützung mit der Verantwortlichkeit, welche die Regierung denselben gegenüber auf sich genommen hatte. Aber die Vorlage war nicht bewilligt worden und so bedurfte es des ganzen finanziellen Kunststreichens seitens der Eisenbahnverwaltung, der Eisenbahnen selbst, der Banken und der Kriegsinvestitionen, um über die Schwierigkeiten hinweg zu kommen, bis der Kongress verhandeln konnte. Das Resultat dieser legislativen Einstellung haben wir im Brieflich direkt zu fühlen bekommen. Die Strafen der Stadt sind seit mehreren Wochen nicht gezahlt worden, und der Zustand, in dem sie sich befinden, ist ein bezeichnendes Beispiel für die Tatsache. In der Nachtragsvorlage bedarf sich ein Posten von \$60,000 für Straßenreinigung im Distrikt, aber da die Vorlage nicht zur Annahme kam, fiel auch dieser Posten, und die Folge war, daß die ganze Straßenreinigungsdienstleistungen entfallen mußten. Das sind nur einige Beispiele, die dartun, wie die In-

Luftschiff C-5 in die See getrieben

Während sich während heftigen Windes von seinem Ankerplatz los; ist wieder geborgen.
St. Johns, N. S., 16. Mai. — Während eines heftigen Windes während der Nacht rissen hier die Anker des ferkbaren Luftschiffes C-5 und dasselbe wurde ohne Verletzung in die See hinausgetrieben.
Der Vereinigte Staaten Zerstörer „Edwards“ sichtete heute morgens den Durchdröner etwas nennig Meilen östlich von Cape Spear. Der Ballon wurde später von dem britischen Handelsdampfer Glen Davidson, der sich auf dem Wege hierher befindet, geborgen.

Kriegstätigkeit des Staates Nebraska

Washington, 16. Mai. — Wie eine hier angestellte Untersuchung ergab, kann der Staat Nebraska mit Stolz auf seine Kriegstätigkeit zurückblicken. Von den ersten vier Kriegsanleihen der Regierung wurden \$178,620,950 oder durchschnittlich etwa \$637 von jeder Familie Nebraskas' gezahlt. Im Verlauf von Kriegssparmarken nimmt unser Staat unter allen andern die Führung ein, denn hier hat im Durchschnitt jede einzelne Person \$21.89 in solchen angelegt. Angaben des General-Adjutanten des Landes zufolge meldeten sich 14,626 junge Leute Nebraskas' freiwillig für den Kriegsdienst und bei der allgemeinen Aushebung wurden weitere 29,807 Mann für die Armee gestellt. Wie viele Nebraskas' sich der Kriegsmarine angeschlossen haben, ist noch nicht festgestellt, doch dürfte auch ihre Zahl nicht geringer sein. Nebraskas' kann daher mit vollem Recht auf seine Kriegstätigkeit stolz sein.

Amerikaner in englischer Parade

Koblenz, 16. Mai. — General Kerchig begab sich gestern nach Frankreich über Luxemburg und wird sich nächste Woche nach London begeben, um der Feier des Empire Tages in London beizuwohnen. Bei dieser Gelegenheit wird eines der berühmten Ver. Staaten Regimenter der dritten Armee vor König George Parade machen.
Interessen des Volkes ignoriert worden sind, während die Völkerräuge den Hauptplatz auf der Bühne einnahmen. Wenn der Kongress am 19. Mai zusammenkommt, dann sollte er mit aller Entschlossenheit diese zurückgestellten Pflichten in Angriff nehmen. Die Bewilligungsvorlagen sollten in erster Linie an die Reihe kommen, und dann erst die allgemeine Gesetzgebung, auf welche mehr Zeit verwendet werden kann. Die erste Woche wird der Kongress zweifellos dazu gebrauchen, sich zu organisieren, und so wird etwa gerade ein Monat zur Erledigung der Appropriationsvorlagen zur Verfügung stehen. Da sollte keine Zeit verströbt werden.

Totalverluste der Ver. Staaten Armee

Washington, 16. Mai. — Einer gestern vom Kriegsdepartement veröffentlichten, verbesserten Aufstellung zufolge wurden während des Völkerrägens in Europa 48,909 Angehörige der Vereinigten Staaten Armee und Marine getötet, während 237,135 Mann Verwundungen verschiedener Art davon trugen. Früher veröffentlichte Listen, welche diese Zahlen bedeutend höher angaben, erklärten sich dadurch, daß viele der Soldaten mehr als einmal verwundet wurden und daß Mannschaften, die in Kriegsgefangenschaft gerieten, häufig unter die Getöteten gezählt wurden, jetzt aber zu ihren Truppenkörpern zurückgeführt sind. Die Gesamtzahl der Kriegsgefangenen belief sich auf 4,434 Mann.

Präsident Wilson gegen dritten Termin

Washington, 16. Mai. — Wenn Präsident Wilson nach Amerika zurückkehrt, dann wird er eine bestimmte und klare Erklärung abgeben, daß er unter keinen Umständen ein Kandidat zur Wiederwahl ist. Er hat dieses Programm schon entworfen und den Mitgliedern des Komitees für auswärtige Angelegenheiten bei einem Dinner mitgeteilt. Er beantwortete Fragen bezüglich der Völkerräuge. Es waren schon mehrfache geheimnisvolle Andeutungen darüber gemacht worden, und es hieß jedesmal, daß diese Mitteilungen im Vertrauen gemacht wurden. Präsident Wilson gab seine Gründe an, weshalb er zur Zeit nicht eine Erklärung abgeben hat. Er wollte die ungeteilte Unterstützung der Parteiführer haben, denn er betrachte dies als das wichtigste in der neueren Geschichte Amerikas. Er hofft, daß der persönliche Ehrgeiz keinen Demokraten verführt, seine Pläne zu kreuzen.

Der beabsichtigte Flug nach Europa

RC-4 glücklich in Trepassen angelangt; Fahrzeugen sind zu sehr belastet.
Trepassen, N. Y., 16. Mai. — Während sich die beiden Flugzeuge gestern auf dem Wasser schwinwend nach Fulton Harbor begaben, langte hier das RC-4 wohlbehalten von Halifax ein.
Kommandeur Lowers verjuchte gestern nachmittags die beiden erweiteren Maschinen zum Fliegen zu bringen, mußte aber von seinem Vorhaben Abstand nehmen, da sich die Belastung derselben als zu groß erwies. Wie hier bekannt wird, dürften bei dem nächsten Versuch der Maschinen Christensen vom RC-1 und Leutnant B. Rhoades, der Reserve-Ingenieur der RC-3 zurückgelassen werden, um das Gewicht der Ladung nach Möglichkeit zu verringern.
Die Abfahrt der Flugzeuge soll von Fulton Harbor aus erfolgen, da sich der Hafen von Trepassen für den Aufstieg der Maschinen als zu klein erwies. Eingetroffene Wetterberichte melden zunehmende schlechte Witterung auf dem atlantischen Ozean, so daß die Fahrt wohl abermals verschoben werden muß.

Lebensmittel für die Oesterreicher

Wien, 16. Mai. — „Captain“ Thomas Gregory von der Internationalen Nahrungsmittelkommission nach Wien gefahren, um mit österreichischen Fabrikanten Abmachungen zu treffen, für den Export ihrer Waren Mehl und Kartoffeln für die Stadt Wien zu kaufen. Dadurch würde Oesterreich in die Lage gesetzt werden, sich selbst Lebensmittel zu sichern, ohne von amerikanischer Ausfuhr abhängig zu sein und von amerikanischem Kredit. Captain Gregory hat die Amerikanische Gesellschaft vom Roten Kreuz erfürcht, Medizin und Seife nach der Ukraine zu senden, und eine aus Oberleutnant A. Jones und drei Offizieren bestehende Kommission wird sich dort hin begeben. Sie wird auch dafür Sorge tragen, daß aus der West-Ukraine Del nach Wien gefahrt wird. Ferner hat Captain Gregory es ermöglicht, daß trotz der schwierigen Verhältnisse demnach 20,000 Schweine von Jugo-Slawia nach Wien gefahrt werden sollen.

Namänen sind unzufrieden

Genf, 16. Mai. — Es ist möglich, daß sich die rumänischen Delegaten von der Friedenskonferenz zurückziehen werden. Sie sind enttäuscht, weil der Vorschlag nicht vollständig an Rumänien gefallen ist, sondern daß auch Serbien einen Teil jenes fruchtbareren Landstriches erhalten soll.
Namen sind unzufrieden.
Genf, 16. Mai. — Es ist möglich, daß sich die rumänischen Delegaten von der Friedenskonferenz zurückziehen werden. Sie sind enttäuscht, weil der Vorschlag nicht vollständig an Rumänien gefallen ist, sondern daß auch Serbien einen Teil jenes fruchtbareren Landstriches erhalten soll.

Verhandlungen mit Oesterreich

Paris, 16. Mai. (United Press.) — Es verlautet, daß die österreichischen Delegaten mit den Friedensbedingungen am 23. Mai bekannt gemacht werden sollen. Inzwischen wird ihnen nur eine Woche Frist gestattet, um Einwände, und zwar ebenfalls schriftlich, zu machen. Die sich in St. Germain befindlichen österreichischen Delegaten haben vollständige Bewegungsfreiheit und machen Spaziergänge durch die Straßen und Parks; ihr Hauptquartier ist mit einem hohen Zaun umgeben worden. Die Oesterreicher haben keinen Wunsch geäußert, mit den deutschen Delegaten in Verhandlung zu treten.

Kriegsgewöl

Paris, 16. Mai. (Von Fred S. Ferguson, Korrespondent der United Press.) — Personen, die mit der allgemeinen Lage in Verbindung stehen, sind der Ansicht, daß unter der Oberfläche der Verhandlungen ernsthafte Gefahren vorhanden sind. Jeder scheint kompromittiert zu sein. Der Theorie, daß die europäischen Nationen zu erschöpft sind, um den Kampf fortsetzen zu können, wird entgegengehalten, daß in früheren Zeiten alle Länder nach Beendigung eines langen Krieges kriegerischer waren, wie nach einer ausgedehnten Zeit des Friedens. Nach dem Bürgerkrieg haben z. B. die Ver. Staaten sowohl Frankreich als auch England herausgefordert. Von Belgien—in der Tat vor überall—treffen Einwände gegen die Friedensbedingungen ein; eine der wichtigsten Fragen—die Vertigung über Fiume—ist noch zu erledigen. Die Italiener haben jetzt einen ganz anderen Ton angeschlagen. Anstatt ihre Forderungen nach Kräften durchzusetzen, lassen sie die Angelegenheit augenscheinlich auf sich beruhen und arbeiten mit den Alliierten in anderen Fragen Hand in Hand. Sie haben keine Neigung an den Tag gelegt, ihre Ansprüche aufzugeben, drängen indessen nicht auf Befriedigung derselben. Zieht man in Betracht, daß die italienische Armee nicht demobilisiert ist, und die Italiener jetzt das ganze Gebiet, das sie beanspruchen, besetzt halten, so entsteht die Frage, wer wird die Italiener aus jenem Gebiet herauswerfen, vorausgesetzt, sie gehen soweit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen und weigern sich dann, jenes Gebiet, das sie als ihr

Deutsche wollen Bergwerke hergeben

Beanspruchungen jedoch politische Jurisdiktion im Saarbasin; Polen erhält keine deutschen Kriegsschiffe; Rumänien mißgestimmt

Paris, 16. Mai. (United Press.) — Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die deutschen Delegaten die Kohlenbergwerke im Saartal ausliefern wollen, jedoch darauf bestehen, daß Deutschland die politische Jurisdiktion in jenem Gebiet behält.
Premier Clemenceau empfing Deland und Somino und hatte mit beiden eine längere Besprechung; über das Resultat derselben ist nichts bekannt geworden. Es heißt ferner, daß die amerikanischen Delegaten in der Fiume Frage nicht nachgeben werden.
Polen erhält keine Schiffe.
Paris, 16. Mai. — Der Rat der Minister für auswärtige Angelegenheiten hat das Gesuch der Polen um einen Teil der deutschen Kriegsschiffe abgelehnt. Die Polen behaupten, daß sie Kriegsschiffe haben müßten, um ihr Land zu verteidigen. Es wurde ferner beschlossen, alle Kriegsgefangenen, die die Russen in Sibirien, den baltischen Provinzen und im Kaukasus gemacht haben, sofort heimzuführen sind. Diejenigen, die sich in dem Gebiet des Sowjet-Rußland befinden, werden später freigelassen werden.

Fünf Omaha'er geben Autodiebstahl zu

Wenig zu, Mitglieder einer organisierten Bande von Autodiebstahl zu sein.
Lincoln, Neb., 16. Mai. — Im hiesigen Gaulland befinden sich gegenwärtig fünf junge Leute, drei Männer und zwei Mädchen, aus Omaha stammend, die des Autodiebstahls geübt haben. Dieselben haben innerhalb der letzten drei Tage ebenfalls Autos gestohlen, die sie im westlichen Teil des Staates an den Mann zu bringen hofften. Zwei der Maschinen, die in Omaha entwendet wurden, brachen jedoch auf der Fahrt nach der Verkaufsstelle nieder und wurde von der Bande ausgegeben.
Beim dritten Diebstahl aber wurden sie von ihrem Schicksal ereilt. Auch dieses Auto bereitete den Dieben viel Schwierigkeiten, da es verhältnismäßig alt und auf ausgedehnten Landstraßen stecken blieb, was schließlich zu ihrer Verhaftung führte, nachdem Herr William Worham von hier, der rechtmäßige Eigentümer des Autos, die Polizei von dem Diebstahl verständigt hatte. Marshall Crane von Friend nahm die Verhaftung vor.
Die Verhafteten geben ihre Namen wie folgt an: John Hopkins, 1947 Vinton Straße, 22 Jahre alt; dessen Schwester Juanita Hopkins, 20 Jahre alt; Clarence Ward, 3720 Ohio Straße, 21 Jahre alt; Joe Wood, 2115 Somard Straße, 26 Jahre alt und die 21-jährige Anna M. Shaylor, 21. und 2. Straße wohnhaft.
Pete Seymour, der in Omaha von Sheriff Clark festgehalten wurde und gestern entlassen werden sollte, wurde zwecks Unterredung weiter in Haft behalten. Sheriff Clark traf gestern hier ein, um bei der Unterredung der Angelegenheit beihilflich zu sein.
Die Verhafteten geben zu, einer wohlorganisierten Bande von Autodiebstahl anzugehören, welche in Omaha und Umgegend tätig ist und die gestohlenen Autos dann im Westen des Staates losläßt.

Franzosen wollen Oesterreich helfen

Paris, 16. Mai. — M. Bichon, der Minister des auswärtigen Amtes, hielt heute vor der Budget-Kommission der Deputierten Kammer einen Vortrag, in welchem er die politischen Gründe darlegte, die es ratsam erscheinen lassen, den Oesterreichern ein Darlehen von \$15,000,000 zu gewähren, um die Neuverforgung dieses Landes mit Nahrungsmitteln zu ermöglichen.

Wetterbericht.

Für Omaha und Umgegend — Schön heute abend und Samstag; wenig Wechsel in Temperatur.
Für Nebraskas—Allgemein schön zu unterzeichnen und weigern sich dann, jenes Gebiet, das sie als ihr